



Handwritten signature

28. August 1975

512.0 - HA/eb

An die Handelsabteilung
des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements

B e r n

Erschliessung neuer Exportmärkte - Begrenzte Möglichkeiten des Aussendienstes auf diesem Sektor - (Diskussion an der Botschafter-Konferenz)

an	<i>KL</i>	<i>126</i>					a/a
Datum	<i>20.8</i>	<i>1975</i>					<i>6</i>
Visa	<i>h</i>	<i>h</i>					
EPD		29.08.75				17	
Ref.	<i>A. C. H. Siam. III. 0.</i>						

Herr Botschafter,

Der Rezessionsdruck, dessen weiterer Verlauf offenbar noch völlig ungewiss ist (NZZ Nr. 187 vom 15.8.75), gebietet zweifellos eine grundlegende Ueberprüfung unseres Exportförderungssystems und der einschlägigen Rolle unseres Aussendienstes. Im Hinblick auf die bevorstehende Diskussion über dieses Thema an der Botschafter-Konferenz möchte ich vom Standort Bangkok und Umgebung aus und mit einem Seitenblick auf die Region der UN-Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik (ESCAP) nachstehend einige Ueberlegungen hiezu festhalten. Sie finden in der Beilage eine Notiz meines wirtschaftlichen Mitarbeiters und ESCAP-Beobachters, Herrn Hollenweger, die sich mit einigen wesentlichen Aspekten dieses Fragenkomplexes aus der hiesigen Sicht näher auseinandersetzt.

./.

Aus diesem - allerdings unter Zeitdruck verfassten - Arbeitspapier geht namentlich hervor, dass die Erschliessung neuer Absatzmärkte in Thailand und in der südostasiatischen Region durchaus möglich erscheint, dass sie aber mit dem vorhandenen Personalapparat der Botschaften kaum in effizienter Weise betrieben werden kann. Wenn es zweifellos dem Gebot der Stunde entspricht, dass mit den meist betroffenen Exportzweigen ein Gespräch über die unserem Aussendienst noch zumutbaren Sonderleistungen zugunsten des Exports eingeleitet wird, sollte man sich m.E. in der Tat keinerlei Illusionen hingeben: eine effektvolle, fachmännische Markterschliessung ist mit dem bereits reduzierten Personalbestand der Aussenvertretungen kaum möglich. Entsprechende Erwartungen der Privatwirtschaft sollten deshalb nach meinem Dafürhalten durch die Botschaftergespräche nicht genährt werden.



Vielmehr sollte deshalb m.E. eine "Klärung des Horizontes", um ein Wort von Wirtschaftsminister Friederichs zu verwenden, platzgreifen, wie dem besorgniserregenden Problem des Nachlassens der Nachfrage im Ausland mit anderen Mitteln und Methoden beizukommen wäre; diese Klärung müsste sowohl die Innenfront - Beurteilung des weiteren Verlaufs der rezessiven Entwicklung, organisatorische und finanzielle Massnahmen - als auch die Aussenfront betreffen - Selektion der günstigen Gebiete, dann "Antennenarbeit": Marktanalysen etc., schliesslich operationeller Teil: Werbung, Vertreterauswahl etc. - .

A. Innenfront

Vorab sei mir erlaubt, die vielleicht banal klingende Feststellung zu machen, dass der rigorose, lineare Personalstopp - so einleuchtend und konsequent er konjunkturpolitisch aussieht - gerade im Falle des EPD und seiner möglichen Rolle zur Exportförderung problematisch wird: einerseits beschneidet das Parlament unserem Aussendienst in extremer Weise die Flügel, andererseits verlangt nun die Exportwirtschaft von ihm paradoxerweise eine besondere Anstrengung zu ihren Gunsten. Es sei deshalb die (mir allerdings rhetorisch scheinende) Frage aufgeworfen, ob nicht eine nuanciertere Personal-Sparpolitik angewandt werden könnte. Anders gesagt: wenn auch unbestritten ist, dass generell die Staatsquote am Sozialprodukt nicht zu sehr gesteigert werden soll, so sollte doch schon nach Keynes Theorien die Haushaltslage in einer extrem ungünstigen wirtschaftlichen Situation nicht entscheidend sein. In irgendeiner Form muss wohl doch der Bund seinen finanziellen Beitrag zur Behebung des Exporthandicaps leisten, was als investive und nicht als konsumptive Ausgabe bewertet werden könnte. Eine solche Subvention wäre schon im Hinblick darauf vertretbar, dass andere Industrieländer z.T. massive Exportförderungssubsidien verausgaben und dadurch die Wettbewerbsintensität erhöht wird. - Da jedoch eine stark erhöhte Bundeshilfe oder gar eine vorübergehende Lockerung des Personalstopps für das EPD im Moment mit allerhand innenpolitischen Hindernissen verbunden wäre, wird man wohl realistischerweise zum Schluss kommen müssen, dass auch die Exportindustrie gesamthaft ihren Teil opfern sollte, der, je nach Höhe der zusätzlichen staatlichen Leistungen, grösser oder kleiner sein müsste. Die Quintessenz wäre die in der Beilage erwähnte gemischtwirtschaftliche Lösung zum Aufbau einer "schlagkräftigen Exportförderungsorganisation" (vgl. Artikel E. Nef, Direktor des Vereins Schweizerischer Textilindustrieller, in der Schweizerischen Handelszeitung vom 5. Juni 1975, wo auf das Beispiel Oesterreich hingewiesen wird).

Ganz generell scheint mir, dass mit einer "Horizontklärung" auch ein kreatives Umdenken sowohl in der Verwaltung, als vor allem auch in der Privatwirtschaft einhergehen müsste;

von der typisch schweizerischen "Fünfer und Weggli-Konzeption" sollten sich die Exportkreise einschliesslich der Grossunternehmer und ihre Vertreter im Parlament zu vermehrter Opferbereitschaft und zu mehr verantwortungsbewusstem Gemeinschaftssinn bereit finden.

Die ursprüngliche Mitverantwortung der Unternehmerschaft am Fremdarbeiter-Malaise sollte eine deutliche Lehre sein. Ein rein liberalistisch-marktwirtschaftliches Denken kann in der Tat angesichts der Krankheiterscheinungen in der internationalen Wirtschaft und Währung nicht mehr allein Remedur schaffen; ein gewisser beschränkter Interventionismus des Staates, im Einklang mit einer sich geschlossener organisierenden Wirtschaft ist wohl nicht mehr zu vermeiden. - Der Bund sollte sich seinerseits durch institutionelle Reformbereitschaft auszeichnen und auf aussenhandelspolitischem Gebiet dem seit Ausbruch der Erdölkrise wiedererwachten Bilateralismus Rechnung tragen.

In welcher Form die Industrie für die Finanzierung einer adäquaten Exportförderungsorganisation gewonnen werden müsste und wie die letztere ausgestaltet werden könnte, wäre zu prüfen (verstärkte OSEC mit Auslandspersonal oder eigenes, in Branchen unterteiltes Gremium der Wirtschaft, z.B. ähnlich wie in Oesterreich finanziert durch gesetzliche Import-Exportgebühren). Angesichts des Umstandes, dass sich das Konjunkturbild in nicht allzu ferner Zeit eventuell wieder etwas verbessern könnte, wäre vielleicht eine ad hoc-Organisation der interessierten Industrien als vorübergehende Notmassnahme in Betracht zu ziehen, die ohne Schwierigkeiten bald wieder aufgelöst werden könnte. Eine solche Organisation müsste natürlich irgendwie mit der OSEC liiert sein; sie hätte im übrigen den Vorteil einer unbürokratischen, dynamischeren Arbeitsweise, andererseits würde ihr ein Element der Improvisation und der Unvollkommenheit anhaften. Von österreichischer Seite vernehme ich noch hiezu, dass mit der Integrierung der Exportförderungsspezialisten in die diplomatischen Missionen nicht durchwegs gute Erfahrungen gemacht worden seien (Schwierigkeiten mit diplomatischen Privilegien, Anrühigkeit des merkantilistischen Wirkens einer Botschaft etc.) [siehe B.].

B. Aussenfront

[Siehe Beilage] Entscheidend scheinen mir hier die zur Entdeckung von Marktlücken unentbehrlichen, systematischen, fachkundig durchgeführten Marktanalysen zu sein. Sie benötigen ein Minimum an geeignetem, geschultem, vollamtlichem Personal, wobei, wie für Thailand vorgeschlagen, auch lokale Hilfskräfte eingesetzt werden müssten (das in der Beilage erwähnte Beispiel der österreichischen Botschaft in Bangkok könnte

Fingerzeige für entsprechend angepasste schweizerische Lösungen geben).

Sodann hängt viel von einer modernen, zweckmässigen Werbung ab. Ihr kommt vor allem insofern Bedeutung zu, als die schweizerischen Produkte wegen der Position des Schweizerfrankens preislich harter Konkurrenz ausgesetzt sind. Bei einer geschickten Propagierung der Qualität und Dauerhaftigkeit unserer Produkte haben diese aber immer noch gewisse Chancen (z.B. Uhren). Diesen Teil der "sales promotion" müsste naturgemäss die Wirtschaft selbst besorgen, wobei auch hier ein Zusammenschluss verschiedener Firmen der Sache dienlich wäre.

Im Hinblick auf die psychologische Komponente unserer Aussenhandelspolitik im Bereich der Entwicklungswelt scheint mir sodann der Gedanke des "Handels in beiden Richtungen" förderenswert. Z.B. in handelsvertraglich vereinbarten, "gemischten Kommissionen" können gegenseitig Produktauslesen getroffen werden, die beiden Teilen dienen. Hier ergibt sich gleichzeitig ein Feld, wo auf eine Milderung der Konfrontation zwischen Industrie- und Entwicklungswelt hingearbeitet werden kann. In dieser Sparte, wie in der ganzen handelspolitischen Domäne käme unser Aussendienst zum Zuge.

Im weiteren sei das multilaterale Gebiet erwähnt, wo in gewissen Einzelfällen eine gezielte aktive Beteiligung der Schweiz ihr letztlich zugute kommen kann (Beispiel: die ESCAP suchte einen schweizerischen Marketing-Experten, der bis jetzt u.a. wegen unserer Finanzklemme nicht gestellt werden konnte; dabei könnte ein solcher schweizerischer Fachmann im Bereich von Asien und dem Pazifik dank seines Einblickes in die Verhältnisse vieler Länder auf geradezu ideale Weise der schweizerischen Exportwirtschaft bei der Selektion von günstigen Absatzrevieren beratend zur Seite stehen). Hochqualifizierte schweizerische Experten und Consultants aus einschlägigen Gebieten, die vom DfZ noch vermehrt für multilaterale Gremien und u.U. auch als Regierungsberater mobilisiert werden sollten, sind zweifellos dem "image" der Schweiz als Exporteur von Qualitätsprodukten indirekt dienlich.

Dies führt zur in der Beilage ebenfalls angetönten Frage einer erwünschten, gewissen Verquickung von Exportinteressen mit Entwicklungspolitik. Ich halte nach wie vor dafür, dass wir nicht allein aus moralistischen Motiven heraus unseren Einsatz in zum Teil sozio-politisch hoffnungslos erkrankten, unsicheren Gebieten leisten sollten (Bangladesh), sondern unsere technische und finanzielle Hilfe in vereinzelt Ausnahmefällen weniger armen, "solideren" Ländern mit wirtschaftlichem Potential gewähren könnten; diese Länder würden dann eher bereit sein, der Schweiz mit Fazilitäten beim Import ihrer Produkte oder beim Bau von staatlichen Konstruktionen (Kraftwerke, Fabriken, Con-

sultingsektor) Vorteile zu gewähren (und im übrigen eventuell noch günstige Rohstoffangebote zu machen). Der zweifellos für die Schweiz elementare Maxime der Solidarität kann daneben noch auf vielen Gebieten, nicht zuletzt dem humanitären, hinreichend nachgelebt werden, wie dies im "Zusatzbericht" des Bundesrates gebührend herausgestellt wird.

Vor allem in Ländern und Gebieten der Staatswirtschaften, die nicht nur in Südostasien im Vormarsch sind, wird sich eine solche kombinierte Entwicklungs- und Handelspolitik als lohnend erweisen, wobei angefügt sei, dass dort Entwicklungsprojekte oft den Völkern vermehrt zugute kommen als in "liberalistischen", häufig von Korruption verdorbenen und zukunftsunsicheren Ländern. Auch hier findet sich ein wichtiges Feld für das Wirken des Aussendienstes. In diesem Zusammenhang gehört u.a. das Gebiet des Ausschreibungswesens, das nach meinen hiesigen Erfahrungen an der "Innenfront" noch zu wenig speditiv gepflegt und von den Firmen nicht voll ausgenützt wird.

Bezüglich all dem, was die schweizerischen Vertretungen mit dem gegenwärtigen Personalbestand noch zu leisten in der Lage sind, gibt die beiliegende Notiz einige weitere Aufschlüsse. Wichtig erscheint mir hieraus, dass in gewissen Fällen - in meinem Sprengel z.B. bezüglich Burma - mit Dienstreisen nicht derart extrem gespart wird, wie bis anhin, was wiederum zum einleitenden Thema der sehr orthodoxen Handhabung der Haushaltspolitik des Bundes führt.

Ich füge abschliessend für alle Fälle bei, dass sich meine Feststellungen ausschliesslich auf diese Region, d.h. auf Entwicklungsländer beziehen, wobei ich davon ausgehe, dass die Verhältnisse bei den anderen Vertretungen in Südostasien ähnlich sind wie bei der hiesigen (welch letztere allerdings wegen der Rolle Bangkoks als "Drehscheibe" der näheren Region, als Touristenziel, als "visitor-stop-over" und auch als Sitz der ESCAP besonders überlastet ist).

Mit Blick auf die angetönte Notwendigkeit eines generellen Umdenkens und Umstellens könnte man vollends auf den Gedanken kommen, ob nicht, ähnlich der "Ständigen Wirtschaftsdelegation", eine Art Konsultativ-Organ (Export-Import-Rat) auf hohem Niveau geschaffen werden sollte, das den Bundesrat bei der neu zu definierenden Politik auf diesem vitalen Gebiet berät und entsprechende Impulse gibt; in diesem Gremium müssten nebst der Handelsabteilung und dem EPD, Vorort, OSEC etc. und eventuell Wissenschaftler vertreten sein.

* * *

Ich bin mir bewusst, dass viele der hier vorgebrachten, z.T. laienhaften Ueberlegungen und Feststellungen wahrscheinlich an der Zentrale bereits durchgedacht worden sind; trotzdem hielt ich sie für erwähnenswert, um den Dialog mit Bern in diesen vitalen Belangen "von der Front her" mitzumachen und um Ihnen möglicherweise bei der Suche nach Lösungen, speziell gegenüber der Privatwirtschaft, Argumente aus der Auslandspraxis liefern zu können.

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter

(Hartmann)

1 Beilage

Ein Durchschlag dieses Schreibens, mit Beilage, geht an den Finanz- und Wirtschaftsdienst des EPD, Bern.